



NEWSLETTER 01/2020

# FORUM | MIGRATION





Foto: © alphaspirit – stock.adobe.com

## Noch keine Erfolgsgeschichte

**„Wir haben die Integration von Zugewanderten in unsere Gesellschaft und in den Arbeitsmarkt vorangebracht“, vermeldet die Große Koalition jüngst in ihrer kürzlich vorgelegten Halbzeitbilanz. Ist das tatsächlich so?**

Die GroKo hält sich in Sachen Migration vor allem eine Reihe kürzlich verabschiedeter Gesetze zugute: So habe das Fachkräfte-Zuwanderungsgesetz die Beschränkung auf Engpassberufe und die Vorrangprüfung aufgehoben oder gelockert. Die Arbeitsplatzsuche sei nunmehr auch Fachkräften mit Berufsausbildung möglich, heißt es in ihrer „Bestandsaufnahme“ der eigenen Arbeit. Für Geduldete sei die Ausbildungsduldung bundeseinheitlich geregelt und auf Helferausbildungen erweitert worden, wenn sich eine Ausbildung in einem Engpassberuf anschließt. Mit dem Ausländerbeschäftigungsförderungsgesetz würden mehr Zugänge zu Förderung von Spracherwerb, Ausbildung und Beschäftigung geschaffen. Aus dem Umstand, dass der deutsche und europäische Arbeitsmarkt dringend Fachkräfte und Menschen mit Fluchtgeschichte eine Perspektive brauchen, „könnte eine Erfolgsgeschichte werden, wenn Geflüchtete faire Chancen bekommen“, sagt Annelie Buntenbach,

DGB Vorstandsmitglied. Doch das Gesetzespaket der GroKo zu Migration und Asyl sei „wirtschaftlich, integrationspolitisch und aus humanitärer Sicht ein Schuss in den Ofen“. Nötig wäre es, den Betroffenen und den Firmen mehr Sicherheit zu geben für Ausbildung und gute Beschäftigung, stattdessen werde für viele der Aufenthaltsstatus noch unsicherer – etwa indem der Status der Duldung „noch einmal untertunnelt wird“. Statt auf die Chance zum Spurwechsel für Geflüchtete zu setzen, würden mit hohem Aufwand Fachkräfte in Drittstaaten angeworben, so Buntenbach. Bei der Umsetzung des Fachkräfteeinwanderungsgesetz müsse durch Transparenz und gute Standards für Qualifikation und Anerkennung sichergestellt werden, dass das Ergebnis nicht Lohn- und Sozialdumping sei. „Am Ende dürfen nicht private Vermittler die Not von Menschen dafür nutzen, um für private Arbeitgeber hier in Deutschland aus dem Ausland Nachschub zu organisieren für schlecht bezahlte und prekäre Jobs beispielsweise in der Pflege“, so Buntenbach.

-  Übersicht zu den neuen Gesetzen und Kritik an diesen vom Mediendienst Integration: <https://bit.ly/36oDAPH>
-  Pro Asyl zu den Neuregelungen des „Migrationspakets“ der GroKo: <https://bit.ly/33ZCLv2>

### INHALT 01/2020

Noch keine Erfolgsgeschichte .....	1
Anerkennungs-News .....	2
Gerechter Lohn für die Papierlosen .....	2
Islam: Religion hat kaum Einfluss auf Integration .....	3
Globale Mobilität in Zahlen .....	3
Fachkräftezuwanderung steigt leicht .....	3
News + Termine .....	4
Deutsche(r) ist, wer einen deutschen Pass hat – Kommentar von Ruprecht Polenz – Politiker (CDU) und Präsident der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde .....	5



## Anerkennungs-News

### Kritik an Anwerbung von Pflegekräften im Ausland

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) bemüht sich, mehr Fachkräfte aus dem Ausland ins Land zu bringen. Erleichterungen gibt es für Herkunftsländer wie Mexiko, die Philippinen und das Kosovo. Die kürzlich gegründete Deutsche Fachkräfteagentur für Gesundheits- und Pflegeberufe (Defa) soll bei Visaanträgen, Anerkennung von Berufserlaubnissen, Aufenthalts- und Arbeitserlaubnissen helfen und so dafür sorgen, dass Fachkräfte binnen sechs Monaten nach Deutschland kommen können. Derzeit dauert der Prozess nach Angaben des Gesundheitsministeriums teils mehr als zwei Jahre. Franz Wagner, der Präsident des Deutschen Pflegerats, fordert hingegen, dass vor allem die Arbeitsbedingungen für das Personal hier in Deutschland signifikant verbessert werden. „So könnte man viele deutsche Schwestern und Pfleger, die zum Teil aus Erschöpfung in Teilzeit arbeiten oder sich aus Frust beruflich neu orientiert haben, zurückgewinnen.“ Der Deutsche Caritasverband sieht die Anwerbung im Nicht-EU-Ausland ebenfalls kritisch. Man sollte nicht „spätkolonialistische Attitüden“ an den Tag legen nach dem Motto „Hauptsache, wir in Deutschland sind versorgt“, sagt Caritas-Präsident Peter Neher.

### Anerkennung steigert Beschäftigungsquote um die Hälfte

Neun von zehn Fachkräften mit ausländischem Berufsabschluss sind nach der erfolgreichen Berufsanerkennung erwerbstätig. Darauf weist die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Anette Widmann-Mauz, im 12. Integrationsbericht hin. Demnach steigt die Beschäftigtenquote nach Anerkennung um etwa 50 Prozent, das Bruttoeinkommen wächst um durchschnittlich 1.000 Euro im Monat. Vom Inkrafttreten des Anerkennungsgesetzes 2012 bis Ende 2018 seien über 140.000 Anträge auf Anerkennung der Berufsqualifikation in Deutschland allein für bundesrechtlich geregelte Berufe gestellt worden, heißt es in dem Bericht weiter. Bessere Chancen habe dabei, wer schon im Land ist: Während 88 Prozent der Anträge aus dem Ausland von EU-Bürger\_innen mit voller Gleichwertigkeit beschieden wurden, lagen die Auslandsanträge von Drittstaatler\_innen mit 58 Prozent deutlich darunter. Widmann-Mauz sprach sich dafür aus, die Aufwendungen eines Arbeitgebers, der die Anerkennungskosten für seinen Arbeitnehmer oder seine Arbeitnehmerin übernimmt, nicht zu besteuern und damit einen Anreiz für die Kostenübernahme zu schaffen. Eine Herausforderung sei die Vereinheitlichung der Anerkennungsverfahren auf Ebene der Bundesländer. „Die teilweise erheblichen Unterschiede im Verfahren und in der Qualität können die Transparenz und Glaubwürdigkeit des gesamten Anerkennungsverfahrens infrage stellen“, so Widmann-Mauz.


 12. Integrationsbericht der Bundesregierung (Anerkennung ab Seite 227): <https://bit.ly/2t2yEBD>



Foto: © offenblen.de

## Gerechter Lohn für die Papierlosen

**Sie habe eine „Schattenwelt aufgehellte“, lobte damals die Welt. Die Rede war vom Leben der Menschen ohne Papiere und zu jener Zeit, 2008, wusste man wenig über diese. Es war auch der Verdienst von Emilija Mitrovic, dass sich dies änderte. Die Sozialwissenschaftlerin erforschte, was es bedeutet, in Deutschland ohne Aufenthaltserlaubnis zu arbeiten – und sie baute die ersten gewerkschaftlichen Strukturen mit auf, um diese Gruppe zu unterstützen.**

Es begann mit den Sexarbeiter\_innen. Denen wollte die rot-grüne Bundesregierung 2002 mit dem Prostitutionsgesetz mehr Rechte verschaffen. „Für diejenigen, die sich gewerkschaftlich organisieren wollen, besteht nun endlich die Möglichkeit“, befand damals ver.di. Doch Hunderttausende papierlose Frauen würden wenig von den neuen Regelungen haben. Mitrovic befragte für ver.di Sexarbeiter\_innen in fünf deutschen Städten. Bald wurde klar: Illegalisierte Arbeit „gibt es überall: Im Bau, in der Gastronomie, im Hafen, in Schlachthöfen“, sagt sie.

1953 wurde Mitrovic in Serbien geboren, ihre Mutter war eine deutschstämmige Donauschwäbin. Als sie sechs war, zogen Mitrovic und ihre Schwester zu ihrer Tante nach Deutschland. Seit 1982 arbeitete sie beim Hamburger Senat als Bildungsreferentin und als Dozentin an der Hochschule. „Im Migrationsbereich war ich gar nicht so aktiv“, sagt sie.

Das änderte sich schnell. Nach „Arbeitsplatz Prostitution“ schrieb Mitrovic die Studie „Leben ohne Papiere“ und leistete damit Pionierarbeit. Einer der wichtigsten Befunde: Je prekärer ihr Aufenthalt, desto gefährdeter sind Menschen für Lohnbetrug.

Eine Gruppe fortschrittlicher Gewerkschafter\_innen gründete in ver.di den Arbeitskreis „Undokumentier-

te Arbeit“. Zwischenzeitlich gab es solche Initiativen in fünf Städten, wo sich feministische, antirassistische und migrantische Gruppen zusammenschlossen. Der AK verankerte das Thema Illegalisierung in den Gewerkschaften. Papierlose setzten durch, dass ver.di ihnen als erste deutsche Gewerkschaft die Mitgliedschaft ermöglichte. In Hamburg gründete der AK 2008 die Anlaufstelle MigrAr (Migration und Arbeit), zunächst bei ver.di, später beim DGB. Mitrovic arbeitete dort bis heute – ehrenamtlich.

Ein Ansatzpunkt: „Beim Arbeitsgericht spielt der Status keine Rolle“, sagt sie. So konnte MigrAr etwa drei papierlosen bulgarischen Bauarbeitern helfen, denen der Bauunternehmer keinen Lohn zahlen wollte, weil er den Auftrag an einen Subunternehmer weitergegeben hatte. „Nachdem wir an die Öffentlichkeit gegangen waren, lenkte er plötzlich ein“, sagt Mitrovic. Auch die Politik reagierte: „Danach hat die Hamburger Bürgerschaft entschieden: Generalunternehmer müssen bei Lohnausfällen für Subunternehmen eintreten, wenn sie öffentliche Aufträge haben wollen.“

Doch der Lohnbetrug gehe unvermindert weiter. Derzeit sei sie mit Reinigungsfirmen beschäftigt, sagt Mitrovic. Die stellten erst Arbeiter\_innen ohne Papiere ein und sagten ihnen dann: „Tut uns leid, ihr habt keine Arbeitserlaubnis, also können wir euch den Lohn nicht zahlen. So können sie bei fünf Leuten zum Beispiel 12.000 Euro sparen.“ Mitrovic hat in vielen solcher Fälle von Lohnbetrug mit Erfolg interveniert. Doch bei den Unternehmen habe dies „keinen Erziehungseffekt“ sagt sie: Es beschwerten sich einfach zu wenige Betroffene. „Die meisten gehen.“ Umso wichtiger sei die Beratungsarbeit. Die Gewerkschaften sollten „flächendeckend in den Großstädten Beratungsstellen aufbauen und finanzieren“ findet Mitrovic.




# Islam: Religion hat kaum Einfluss auf Integration

**Sind Muslime umso schlechter integriert, je religiöser sie sind? Dieses verbreitete Vorurteil wurde nun wissenschaftlich untersucht. Das Ergebnis: Der Einfluss von Religion auf die Integration ist „eher gering“. Die CDU in Sachsen-Anhalt beschließt indes, den Islam nicht zu wollen.**

Martina Sauer und Dirk Halm vom Essener Zentrum für Türkeistudien haben 33 Studien zum Zusammenhang von muslimischer Religionszugehörigkeit oder Religiosität und gesellschaftlicher Integration in Deutschland nach 9/11 ausgewertet. Ihre Untersuchung wurde von der Deutschen Islamkonferenz gefördert. Ein Befund: Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung im Vergleich zu Einheimischen sowie zu nichtmuslimischen anderen Einwanderergruppen seien „geringfügig“. Dies gelte allerdings nicht für die Erwerbstätigkeit von Frauen. Die ist in der muslimischen Gruppe „deutlich unterdurchschnittlich“, so die Studie. Höhere Religiosität wirke sich insbesondere auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen negativ aus,

und zwar nicht nur aufgrund von möglicher Diskriminierung, sondern auch aufgrund intrinsischer Motive und von Geschlechterrollen. Insgesamt seien Muslime auf dem Arbeitsmarkt „unterprivilegiert“, was sich insbesondere in niedrigen Einkommen und geringem Berufsprestige zeige. Dieser Umstand sei jedoch „eher migrations- und nicht religionsbedingt“. Nur eine Minderheit der Muslime habe „fundamentalistische, gruppenfeindliche, gewaltakzeptierende oder radikale Haltungen“. Der Anteil dieses Personenkreises sei unter Muslimen allerdings größer als unter Nichtmuslimen. Muslime identifizieren sich im Durchschnitt nicht weniger mit Deutschland als andere Einwanderer. Sie zeichnen sich aber durch eine besonders ausgeprägte Herkunftslandidentifikation aus, die durch ausgeprägte Religiosität begünstigt wird, so die Studie weiter. Muslime seien im Durchschnitt toleranter gegenüber Andersgläubigen als Personen ohne Migrationshintergrund. „Einheimische“ empfinden deutlich häufiger kulturelle Distanz zu Muslimen als umgekehrt. Allerdings erhöht ausgeprägte Religiosität das Distanzempfinden der Muslime. Eine

„speziell auf Muslime gemünzte, generelle Integrationskepsis“ sei angesichts des Forschungsstandes „nicht zu rechtfertigen“, so ihr Fazit. Die CDU im Land Sachsen-Anhalt hat derweil auf ihrem Parteitag in Magdeburg ein neues Grundsatzprogramm beschlossen. Darin heißt es: „Mit Blick auf unsere kulturellen Werte und historischen Prägungen gilt aber auch, dass der Islam nicht zu Deutschland gehört.“ Allerdings seien „in Deutschland lebende Muslime Teil unseres Landes“ und nähmen „ihr Grundrecht auf freie Religionsausübung in Anspruch“. Der damalige Bundespräsident Christian Wulff hatte 2010 bei der Feier zum 20. Jahrestag der Deutschen Einheit in Bremen den Satz „Der Islam gehört zu Deutschland“ gesagt. Im Grundsatzprogramm der Bundes-CDU heißt es hingegen: „Wir werden den gesellschaftlichen Zusammenhalt aller Demokraten über die Religionsgrenzen hinweg aktiv fördern.“

 Download Buch „Der Einfluss muslimischer Religiosität auf die gesellschaftliche Integration von Einwanderern in Deutschland“: <https://bit.ly/352mlDr>

## Globale Mobilität in Zahlen

**Die UN-Migrationsorganisation IOM hat in Berlin ihr Zentrum für Statistik eröffnet. Das hat jetzt ein neues Online-Portal gestartet. Es ist die weltweit wohl umfassendste Datensammlung zur Migration – und sie ist überaus benutzerfreundlich aufgebaut. Seit November gibt es eine Fassung in deutscher Sprache.**

Selbst wenn es Migrationsstatistiken gibt, könnten politische Entscheidungsträger diese oft kaum nutzen, da die Daten oft bei verschiedenen Institutionen und Län-

dern verstreut sind, heißt es in der Selbstdarstellung des Global Migration Data Analyst Center. Dies könne zu „Fehleinschätzungen über Migration beitragen und die öffentliche Meinung verzerren“. Ein Beispiel dafür sei die Arbeit weiblicher Arbeitsmigrantinnen. Diese würde in der Erwerbsstatistik „unterschätzt und in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen unterbewertet“, schreibt die IOM-Statistikexpertin Elisa Mosler Vidal. Dies gelte vor allem für die Arbeit in privaten Haushalten, die deshalb „letztlich unsichtbar“ bleibe, so Vidal. Bei Privathaushalten handele es sich um die „am bes-

ten versteckten Arbeitsplätze“. Das mache es schwierig, die Probleme migrantischer weiblicher Haushaltskräfte zu erfassen. Auf der neuen IOM-Webseite erfährt man dazu immerhin, dass es weltweit etwa 11,5 Mio. Hausangestellte gibt, von denen etwa 8,5 Mio. Frauen sind. Von diesen wiederum leben demnach 22,1 % in West-, Süd- und Nordeuropa – aber nur 0,7 % im bevölkerungsmäßig nicht wesentlich kleineren Osteuropa.

 IOM Global Migration Data Analyst Center: <https://gmdac.iom.int>

## Fachkräftezuwanderung steigt leicht

**Zwei von drei Arbeitsmigrant\_innen, die aus einem Nicht-EU-Staat kommen, sind Fachkräfte**

**Zuzüge von Fachkräften und Geringqualifizierten aus Drittstaaten zur Erwerbstätigkeit, 2009–2018**

	Fachkräfte	Geringqualifizierte	Erwerbsmigration insg.
2009	16.149 (61 %)	10.237 (39 %)	26.386 (100 %)
2010	19.359 (65 %)	10.409 (35 %)	29.768 (100 %)
2011	25.946 (68 %)	12.137 (32 %)	38.083 (100 %)
2012	27.349 (71 %)	11.396 (29 %)	38.745 (100 %)
2013	23.997 (71 %)	9.651 (29 %)	33.648 (100 %)
2014	27.102 (73 %)	10.181 (27 %)	37.283 (100 %)
2015	28.008 (72 %)	10.828 (28 %)	38.836 (100 %)
2016	32.605 (64 %)	18.359 (36 %)	50.964 (100 %)
2017	38.082 (63 %)	22.800 (37 %)	60.882 (100 %)
2018	38.682 (64 %)	22.175 (36 %)	60.857 (100 %)


 Quelle: Bertelsmann-Stiftung, Fachkräftezuwanderung aus Drittstaaten nach Deutschland 2018, 10/2019



## News + Termine

### Auswanderung bringt Deutschen im Schnitt 1.200 Euro mehr Lohn

Im Durchschnitt verdienen Vollzeitbeschäftigte, die aus Deutschland ins Ausland ziehen, nach einem Jahr rund 1.200 Euro monatlich mehr als zuvor – auch kaufkraftbereinigt. In Deutschland sind die Nettolöhne im gleichen Zeitraum nur um durchschnittlich 87 Euro gestiegen. Das ergab das „German Emigration and Remigration Panel“ des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung. Die meisten der 180.000 Menschen, die im Schnitt jährlich ins Ausland gehen, sind demnach Akademiker\_innen (76 Prozent). „Auswanderung ist eine Domäne der Hochqualifizierten“, heißt es in der Studie. Für diese wurden 10.000 in Deutschland geborene Menschen befragt, die zwischen 2017 und 2018 ins Ausland gezogen waren. Die meisten nannten den eigenen Beruf als Grund für den Umzug (58 Prozent), zweithäufigstes Motiv war der „Lebensstil im Zielland“ oder der Beruf des Partners oder der Partnerin (37 Prozent). Aktuell leben fünf Prozent der Deutschen im Ausland. Im Vergleich mit anderen OECD-Staaten landet Deutschland damit auf dem dritten Platz – hinter Polen und Großbritannien.

 German Emigration and Remigration Panel Study:  
<https://bit.ly/347z0np>

### FDP: Flüchtlinge sollen Lehrer\_innen werden

Angesichts des Lehrermangels in Deutschland hat die FDP vorgeschlagen, das Potenzial von geflüchteten Pädagog\_innen zu nutzen. Die Liberalen fordern demnach eine Bund-Länder-Vereinbarung zur Finanzierung von jeweils einjährigen Hochschulkursen, um geflüchteten Lehrer\_innen zu helfen, die notwendigen Voraussetzungen für den Zugang zum deutschen Schuldienst zu erreichen. Die Finanzierung solle über drei Jahre laufen. Bund und Länder sollen sich die Kosten teilen. Es könne von rund 5.000 studierten und praktisch erfahrenen „Lehrkräften mit Fluchtgeschichte“ ausgegangen werden, die seit 2014 nach Deutschland gekommen seien, heißt es laut der DPA in einem Papier der FDP. Der Weg in den deutschen Schuldienst sei für geflüchtete Lehrkräfte sehr schwer. „Bislang sind nur 250 Personen mit Staatsangehörigkeit eines Asylherkunftslandes als Lehrkräfte an allgemein- oder berufsbildenden Schulen sozialversicherungspflichtig beschäftigt“, heißt es in dem Papier weiter.

### Baubranche:


#### IG Bau will EU-Sozialversicherungsregister

Der Bundesvorsitzende der IG BAU, Robert Feiger, hat die Einführung eines EU-Sozialversicherungsregisters gefordert. Die Bundesregierung müsse hierbei die Initiative innerhalb der EU ergreifen. Mit dem Register könne effektiver gegen Sozialversicherungs-Dumping vorgegangen werden. Für Bauarbeiter, die aus anderen EU-Ländern nach Deutschland kommen, würden Unternehmen häufig keine Sozialabgaben bezahlen. „Die Betriebe gehen dann mit billigeren Löhnen in den Markt – und ergaunern sich damit einen Wettbewerbs-

vorteil. Ehrliche Unternehmen ziehen so den Kürzeren. Das Einzige, was die schwarzen Schafe bislang stoppen kann, sind Kontrollen auf den Baustellen. Genau davon gibt es allerdings immer noch zu wenig“, sagt Robert Feiger. Die für Arbeitseinsätze im EU-Ausland nötige A1-Bescheinigung müsse „so rasch wie möglich fälschungssicher gemacht und schnell europaweit digital überprüft werden können“. Zwischen den Staaten, in denen Beschäftigte aus anderen Teilen der EU arbeiten, und deren Herkunftsländern muss der Austausch von Sozialversicherungsdaten dann reibungs- und lückenlos funktionieren. Für Staaten, die hier nicht kooperierten, müsse es klare Sanktionen geben. Außerdem müssten die Beschäftigten zuvor mindestens drei Monate im Herkunftsland gearbeitet haben. Dies sei notwendig, um damit gegen Missbrauch durch so genannte „Scheinentsendungen“ vorzugehen, so die IG BAU.

### EU-Migrant\_innen: Zweite Generation auf dem Arbeitsmarkt erfolgreicher als Einheimische

81 Prozent der Migrant\_innen der zweiten Generation mit mindestens einem in der EU geborenen Elternteil sind erwerbstätig – und übertreffen damit die Beschäftigungsquote von Einheimischen. Das ergab eine neue Studie der EU-Stiftung zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen Eurofund. In einigen Ländern sind demnach auch Migrant\_innen der ersten Generation eher erwerbstätig als Einheimische, da sie sich „auf der Suche nach Arbeit bewegen“, so die Studie. Die Herkunft aus der EU hilft dabei: Unter den Migrant\_innen der zweiten Generation mit einem Nicht-EU-Hintergrund haben nur 74 Prozent eine Arbeit – also rund sieben Prozentpunkte weniger als die EU-Migrant\_innen. Gleichzeitig sei es wahrscheinlicher, dass migrantische Arbeiter\_innen einen prekären Arbeitsvertrag haben: Das sei bei jeder siebten Migrant\_in der ersten Generation der Fall, aber nur bei jeder zehnten Person ohne Migrationshintergrund.

 Eurofund-Studie „How your birthplace affects your workplace“: <https://bit.ly/2P46ZZs>

### Seehofer will EU-Asylsystem reformieren

Das Bundesinnenministerium hat Vorschläge für eine Reform des EU-Asylsystems vorgelegt. Es gebe „Migrationsdruck aus allen Himmelsrichtungen“, sagte Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU). Die Reform sieht eine „Vorprüfung“ von Migrant\_innen an den EU-Außengrenzen vor, die sowohl einen Sicherheitscheck als auch die Aussicht auf Schutz umfasst. Wer Aussicht auf Schutz hat, soll in einem zuständigen EU-Staat seinen Asylantrag stellen. Fällt das Ergebnis der „Vorprüfung“ negativ aus, soll die EU-Grenzschutzagentur Frontex Unterstützung bei der Rückführung leisten. Auf die Frage, ob die „Vorprüfung“ innerhalb oder außerhalb der EU erfolgen solle, sagte Seehofer: „Die Grenze ist meistens an der Außenseite der EU.“ Ob innerhalb oder außerhalb der EU geprüft werde, sei für ihn jedoch zweitrangig. Gleichzeitig wird darin eine Abkehr vom Dublin-Prinzip gefordert,


hin zu einer direkten Verteilung der Asylsuchenden auf die Mitgliedsstaaten nach einem bestimmten Schlüssel („fair-share-System“). Menschenrechtsorganisationen warnen, dass die Vorabprüfungen kaum gerecht und juristisch fundiert stattfinden könnten und es vermutlich nicht ausreichend Rechtsschutz für die Betroffenen geben wird. Zudem sei zu befürchten, dass Personen an den Grenzen inhaftiert werden und dort vermutlich längerfristig verbleiben müssten, da sie weder vor- noch zurückkommen. Insgesamt besteht die deutliche Gefahr, dass auf diese Weise das Recht auf Asyl eingeschränkt wird. „Das ist die de facto-Abschaffung des Rechtsstaats“, heißt es in einer Stellungnahme von Pro Asyl. „Bereits erprobte und gescheiterte Konzepte sollen zu Kernaspekten der Reform werden – mit dramatischen Konsequenzen für schutzsuchende Menschen in Europa.“

 Ausführliche Stellungnahme Pro Asyl: <https://bit.ly/2RBuLOH>

### Neue Studie:

#### „Flüchtlinge in der Altenpflegeausbildung“

Elke Strelow, die Leiterin einer Krankenpflegeschule, hat Flüchtlinge, die eine Pflegeausbildung begonnen haben, zu Flüchtlingen in der Altenpflegeausbildung befragt. Das Ergebnis: Ein sicheres soziales Gefüge, verbunden mit einer eigenen Wohnung und einer geregelten Beschäftigung, tragen erheblich zur Integration bei, so Strelow. Es brauche vorgelagerte Praktika, um das Berufsfeld kennen zu lernen, und eine kontinuierliche Beratung und Begleitung der Azubis. „Um das Sprachniveau zu verbessern, sollte die Teilnahme an Sprachkursen selbstverständlich sein.“

 Studie „Flüchtlinge in der Altenpflegeausbildung“ (€) zum  
Download: <https://bit.ly/2qHnOLK>

### Termine

#### MENTO-Basisqualifizierung. Kollegiale\_r Ansprechpartner\_in für Grundbildung und Alphabetisierung werden

**Sachsen und Berlin-Brandenburg**

27. bis 29. Februar 2020

Veranstaltungsort: Berlin

**Baden-Württemberg und Bayern**

19. bis 21. März 2020

Veranstaltungsort: Stuttgart

**Niedersachsen/Bremen/Sachsen-Anhalt und Nord: Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern**

17. bis 18. April 2020

Veranstaltungsort: Hamburg

#### MENTO-Modul Nachhaltigkeit. Grundbildung in den Betrieb einbringen und verstetigen

14. bis 15. Februar 2020

Veranstaltungsort: Hamburg

 Infos und Anmeldung für alle Veranstaltungen:

<https://www.dgb-bildungswerk.de/migration/bildungsprogramm>



# Deutsche(r) ist, wer einen deutschen Pass hat



© Foto: Ruprecht Polenz

## Kommentar von Ruprecht Polenz – Politiker (CDU) und Präsident der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde

„Umvolkung“ hält der neu gewählte AfD-Vorsitzende Chrupalla „nicht für einen Nazi-Begriff“. Damit dürfte er ziemlich allein dastehen, sieht man von seinen völkisch-nationalistischen Parteigenossen ab.

Faschisten nutzten damals und nutzen heute diesen Begriff, um Überfremdungsängste anzufeuern, die es in Teilen unserer Bevölkerung gibt. Wo bleiben „wir Deutsche“? hetzt die AfD gegen Ausländer und Flüchtlinge.

Ihr hilft dabei ein Begriff, der zu wissenschaftlichen Forschungszwecken sinnvoll sein mag, der aber politisch negative Folgen entwickelt, weil er dieser Hetze in die Karten spielt: Migrationshintergrund.

Von den 81,6 Millionen Einwohnern in Deutschland haben 10,9 Millionen Deutsche einen „Migrationshintergrund“. 9,9 Millionen sind Ausländer. Aber was sagt das Etikett „Migrationshintergrund“ über die einzelne Person? Was sagt es aus, wenn ein Elternteil nicht in Deutschland geboren wurde? Ist man dann kein richtiger Deutscher? Ist man dann automatisch weniger integriert? Deutsche(r) ist, wer einen deutschen Pass hat.

Auf einer Informationsreise habe ich vor Jahren erfahren: in Kanada bedeutet Integration Sprache,

Arbeit, Heirat. Sprache und Arbeit gehören auch in Deutschland dazu. Aber es geht immer wieder auch um eine „deutsche Leitkultur“, der man sich anschließen müsse, um wirklich dazuzugehören. Der Streit um diesen Begriff zeigt, dass die Integrationsdebatte vor allem auch eine deutsche Identitätsdebatte ist.

Das Bekenntnis zum Grundgesetz, der sog. Verfassungspatriotismus, reiche nicht aus. Man müsse sich darüber hinaus zu bestimmten Werten bekennen, heißt es von den Befürwortern einer Leitkultur. Dabei bleibt schwammig, welche Werte genau gemeint sind.

Es gehe um die Gleichberechtigung der Frau und um die Familie, bekommt man oft zu hören. Aber diese Werte postuliert und schützt bereits das Grundgesetz. In ihm und den Ausführungsgesetzen sind die Werte enthalten, die wir für alle verbindlich machen wollen. Rechtsgehorsam wird von allen verlangt.

Aber das Grundgesetz will und ermöglicht eine pluralistische Gesellschaft, in der wir mit verschiedenen religiösen und weltanschaulichen Vorstellungen friedlich miteinander leben. Man nennt das Freiheit.

Es ist also legitim und vom Grundgesetz geschützt, auch verschiedene Wertvorstellungen zu haben, die sich z.B. in unterschiedlichen Erziehungsstilen der Eltern äußern können. Freilich setzen auch hier die allgemeinen Gesetze den zulässigen Rahmen. Es

gibt keinen „Kultur-Rabatt“. Die allgemeine Schulpflicht gilt für jede und jeden.

Eine pluralistische Gesellschaft ist in diesem Sinn immer auch eine multikulturelle Gesellschaft. Für eine weitergehende, irgendwie verbindliche „deutsche Leitkultur“ ist kein Raum.

Natürlich gibt es ungeschriebene Gesetze und Regeln, an die man sich besser hält, wenn man nicht anecken will. Es empfiehlt sich nicht, sich in einer Schlange nach vorn zu drängeln. Umgekehrt helfen Höflichkeit, Freundlichkeit, Hilfsbereitschaft und Rücksichtnahme, wenn man dazugehören will. Aber das alles kann nicht gesetzlich vorgeschrieben werden.

Aber bei Menschen mit „Migrationshintergrund“ könne man nicht sicher sein, wem sie sich mehr verbunden fühlten, Deutschland oder dem Land ihrer Vorfahren. In Deutschland müsse die volle und ungeteilte Loyalität gelten. Sonst sei man eben kein(e) richtige(r) Deutsche(r). Das erinnert an die Frage „Wen hast du lieber, Papa oder Mama?“ Kluge Eltern stellen diese Frage nicht.

Der Autor auf Twitter: @polenz\_r

## IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.  
Vorsitzende: Elke Hannack  
Geschäftsführerin: Claudia Meyer

Verantwortlich für den Inhalt: Daniel Weber  
Koordination: Michaela Dälken  
Redaktion: Christian Jakob, Berlin  
Layout/Satz: ideaal, Essen  
Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.  
Bereich Migration & Gleichberechtigung  
Hans-Böckler-Straße 39  
40476 Düsseldorf  
Telefon 02 11/43 01-1 88  
Telefax 02 11/43 01-1 34  
migration@dgb-bildungswerk.de  
www.migration-online.de

Artikel zum Themenfeld Anerkennung im Rahmen des Projektes ANERKANNT gefördert vom Bundesministerium für Bildung und Forschung.

GEFÖRDERT VOM



Bundesministerium  
für Bildung  
und Forschung

